



13-10-1988

1000 BRÜSSEL

Leopoldstraat 6 - Rue Léopold 6

Tel. 02/210.10.11

An den Herrn Minister des Post-  
und Fernmeldewesens

56, rue de la Loi - Wetstraat

1040

BRUSSEL

I/Schreiben vom

I/Ref.

U/Ref.

Beilagen

19.219/II/PD  
AR/MTV

Betrifft : Personal der Postregie im Deutschsprachigen Gebiet.  
Versetzung ausserhalb des Stellenplans.

Sehr geehrter Herr Minister !

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass die vereinigten Abteilungen der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle in ihrer Sitzung vom 10. März 1988 eine Klage untersucht haben, die von einem Mitglied des Personals der Postregie vorgebracht worden war, das seinen Dienst im Deutschsprachigen Gebiet verrichtete, aufgrund eines Beschlusses vom 1. Dezember 1986 jedoch versetzt wurde, mit der Begründung, dass es seine Grundkenntnisse der französischen Sprache nicht durch eine Sprachenprüfung nachgewiesen hat.

Der Kläger bestreitet die Ordnungsmässigkeit der gegen ihn getroffenen Massnahme und stellt folgende Fragen :

- 1) Darf die Postregie mir noch nach 18 Jahren Dienst im Deutschsprachigen Gebiet eine Sprachenprüfung auferlegen ?
- 2) Darf die Postregie, 12 Jahre nach meiner Anstellung im Stellenplan, diese Anstellung nun rückgängig machen, mit der Begründung, dass ich "zweisprachig" sein muss, um mit der Bevölkerung des Deutschsprachigen Gebietes Kontakt aufzunehmen ?
- 3) Besteht diesbezüglich keine Verjährungsfrist, aus der ich Nutzen ziehen könnte ?

Die ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt fest, dass Artikel 15, § 3 der koordinierten Sprachengesetze vorschreibt, dass in den Malmédyer Gemeinden und in den Gemeinden des Deutschsprachigen Gebietes die Ortsbehörden - zu denen die Postämter gehören - so organisiert sein müssen, dass die Öffentlichkeit problemlos von der französischen oder von der deutschen Sprache Gebrauch machen kann.

.../...

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle erinnert weiterhin an folgendes : In ihren Gutachten Nr 13.020 vom 19. Mai 1983 und Nr. 15.112 vom 5. Januar 1984 hat sie die Ansicht vertreten, dass der Beschluss der Postregie, von ihren in den Malmedyer Gemeinden beschäftigten Beamten - sobald deren Tätigkeit sie mit der Öffentlichkeit in Verbindung bringt - zu verlangen, in einer Prüfung vor dem Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals eine zumindest elementare Kenntnis der deutschen Sprache nachzuweisen, nicht gegen die koordinierten Sprachengesetze verstösst.

In seinem Urteil Nr. 27.253 vom 9. Januar 1987 in Sachen MEYER und KOHNEN gegen die Postregie vertrat der Staatsrat die gleiche Meinung hinsichtlich der in gleichen Umständen im Deutschsprachigen Gebiet tätigen Beamten, von denen der Nachweis einer elementaren Kenntnis der französischen Sprache durch eine Sprachenprüfung verlangt wird.

Es ist hier angebracht, daran zu erinnern, dass die koordinierten Sprachengesetze Gesetze öffentlicher Ordnung sind, deren Bestimmungen vor verordnenden Beschlüssen, wie die oben angeführten, Vorrang haben.

Um davon abweichen zu können, muss der Beamte die Bedingungen erfüllen, die ihm erlauben, aus den Massnahmen zum Schutze der erworbenen Rechte, vorgesehen im Kapitel IX der koordinierten Sprachengesetze, Nutzen zu ziehen. Vor allem muss die Anstellung des Beamten vor dem 1. September 1963 erfolgt sein. Letzteres trifft für den Kläger nicht zu.

Der Beamte, der aus den Schutzmassnahmen Nutzen zieht, darf auf keinen Fall vor Aufgaben gestellt werden, die ihn mit dem Teil der Bevölkerung in Berührung bringen, dessen Sprache er nicht in vorgeschriebener Weise beherrscht. Folglich wird die Klage für zulässig, nicht aber für begründet erklärt.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle macht darauf aufmerksam, dass, wenn der Rückgriff auf eine Sprachenprüfung auch der allgemeinen Anordnung der Gesetzgebung entspricht, die Postregie noch über andere Mittel verfügt, um die Anwendung von Artikel 15, § 3 der koordinierten Sprachengesetze zu gewährleisten.

Es stand der Postregie frei, auf eigene Verantwortung hin zu meinen, dass eine Grundkenntnis der französischen Sprache zum Beispiel durch die tatsächliche Kenntnis nachgewiesen werden konnte, welche die Beamten in vorheriger Ausübung ihres Amtes an den Tag gelegt hatten.

*Eine weitere Möglichkeit wäre, sich auf die Tatsache zu berufen, dass im Unterrichtswesen der Deutschsprachiger Gemeinschaft eine bedeutende Anzahl Stunden dem Erlernen der französischen Sprache gewidmet sind, oder, wie es für den Kläger der Fall ist, dass die französische Sprache fast in gleichem Masse wie die deutsche Sprache als Umgangssprache des Unterrichts diene, der dem Beamten zuteil geworden ist.*

*Eine Abschrift des vorliegenden Gutachtens wird dem Kläger zugestellt.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung,*

*Die diensttuenden Vorsitzenden*